

Einem Wahlmann seine Verpflichtung zu erfüllen. Die Wahlmänner, auf die eine Stimme komme es nicht an, vorhin dem weniger als je. Auf jede Stimme kommt es an, jede Stimme kann für die Wahlrechtsbildung entscheidend sein. Keine kann verkoren!

Man soll sich doch nur darüber klar sein, daß der Staat heute die Angelegenheit aller ist, daß vom neuen Reichstags Gesetz gemacht werden müssen, die auf tiefe in das Leben jedes einzelnen von uns einschneiden. Wer sein Wahlrecht nicht ausübt, begibt sich damit seine Selbstbestimmungsrechte, macht sich und seine Familie schlechter zum Wegengang der Politik der ändern. Wir haben in Deutschland keine Instanz mehr, die über den Parteien steht. Die Regierung — das sind die Parteien, ihre Führer werden Minister. Wir haben es im Verlauf der letzten anderthalb Jahre wahrlich oft genug erlebt, wie Entscheidungen getroffen wurden lediglich aus dem engen Gesichtswinkel eines Parteiprogramms heraus, ohne Rücksicht auf lebenswichtige Bedürfnisse breiter Schichten des Bürgertums. Wir werden es wieder erleben, wenn nicht jeder seiner Wahlpflicht genügt. Jeder soll sich auch darüber klar sein, daß der verfassungsmäßige Aufbau des Reiches noch nicht vollendet ist. Die Weimarer Verfassung enthält noch viele Bestimmungen, die einseitigen ohne praktische Bedeutung sind, weil die Voraussetzungen für ihre Bewirkung noch nicht geschaffen sind. Erwähnt sei hier vor allem anderen das Parlament der schwebenden Stände, das als unüberwindliches Gegengewicht gegen die absolutistischen Bestrebungen, die sich in jeder föderativen Volksvertretung herausbilden und die auch bei den Mehrheitsparteien der Nationalversammlung zu beobachten waren, einzusetzen ist. In jedem parlamentarisch regierten Staate ist ein Institutamentarium vorhanden. Nur bei uns in Deutschland haben die regierenden Parteien darauf verzichtet — nicht zum Vorteil der sachlichen gesetzgeberischen Arbeit. Schon heute wird auch von den regierenden Parteien die verhängnisvolle Wirkung angegeben, die manche Gesetze auf unser Wirtschaftsleben ausüben. Kommen wir nicht in einer Vertiefung der Verhältnisse in der Legislative, dann sind weitere schwere Schädigungen zu erwarten, denn der vorläufige Reichswirtschaftsrat, der eingesetzt worden ist, kann nur als Provisorium, als einseitiger Behelf angesehen werden. Eine Fülle anderer Probleme harret der Lösung. Wer nicht wacht, soll nicht darüber klagen, wenn wieder Gesetze gemacht werden, die den Aufbau hemmen und hindern, statt ihn zu fördern.

Das Bürgertum hat vielleicht die letzte Möglichkeit, den Gang der Ereignisse bestimmend zu beeinflussen. Der Reichstag wird auf vier Jahre gewählt. Herrscht in Deutschland vier Jahre lang eine sozialistisch-demokratische Mehrheit, wie wir sie in der Nationalversammlung gehabt haben, dann wäre die völlige Proletarisierung der Intelligenz besichert, der Mittelstand erdrückt, den frei schaffenden Kräften im Volke jede Möglichkeit, sich auszuwirken, vertrieben. Darüber soll man sich keinen Zweifel hingeben. Man soll sich nicht darüber täuschen, daß die selbstwählige Durchföhrung der Sozialisierung, die die Gleichberechtigung der Bevölkerung Deutschlands noch ärmer machen würde, als der Verfall der Ära. In Versailles ist uns viel, ist uns fast alles, was wir an materiellen Werten besaßen, (Schleichen gerührt oder doch in Beschlag genommen worden. Das deutsche Bürgertum hat allen Grund, das Beste dafür einzulieben, daß ihm nicht aus seine kulturellen Werte in dem von den Regierungsparteien selbstwählige durchgeführten oder doch hilflos abgeduldeten Klassenkampf vernichtet und alle Hoffnungen auf Verbesserung aller Arbeitenden vereitelt werden. Darum geht der Kampf, und deshalb darf keiner, dem das Wohl seines Volkes am Herzen liegt, am 6. Juni der Wahlurne fern bleiben.

Die amtlichen Berichte über den Fall Paasche

Berlin, 1. Juni. Die amtlichen Berichte über den Fall Paasche werden jetzt veröffentlicht. Aus einem militärischen Rapport, der bereits am 2. Mai abgefaßt worden ist, und dem ergänzenden Bericht des Regierungspräsidenten von Zwickau, der ebenfalls offenbar älteren Datums und noch nicht abschließend ist, ist zu entnehmen, daß am 3. Mai durch die Befehlshaber III und II die sehr bestimmte Befehle erteilt wurden, die Paasche von der Berliner Sicherheitspolizei vom 8. April einleitete, wonach auf dem Grunde des Hauptmanns a. D. Paasche in Waldriede bei Hochau Waffen und Munition für die kommunistische Kampfbewegung untergebracht sind. Diese Mitteilung stimmt mit den bereits vorliegenden Aussagen überein. Es war bekannt, daß Paasche Mitglied der kommunistischen Partei war und daß er sehr stark für diese Partei agitiert hat. Die Beanspruchung der militärischen Hilfe bei der Hausdurchsuchung wird mit der eintreffenden Lage des ausgedehnten Besitzums und der Anhängerschaft Paasches in den anliegenden Dörfern begründet. Eine Festnahme war nicht angedacht. Weder die Gendarmen, noch die Truppe durfte von ihrer Waffe Gebrauch machen. Die Soldaten, die nicht wußten, daß Paasche nicht festgenommen worden war, haben jedenfalls aus all den ihnen sichtbar gewordenen Handlungen entnommen, daß Paasche durch den Gendarmen festgenommen worden war und daß er sich der Festnahme durch die Flucht entziehen wollte. In diesem subjektiv entschuldbaren Glauben haben sie gehandelt, als sie auf den künftigen Paasche schossen. Die nach dem Vorfall stattgefundenen Hausdurchsuchung nach Waffen erzielte keinen Erfolg. Waffen wurden nur sehr wenig vorgefunden. Die Korrespondenz wurde beschlagnahmt.

Nach Meldungen des Grenzpolizeikommissars kann aus dem beschlagnahmten Material, soweit es bereits gesichtet ist, geschlossen werden, daß Paasche nicht allein theoretisch über den Märzrepublik-Gedanken eingetreten ist, sondern daß er auch zweifellos ein Hauptmitglied in der kommunistischen Partei gewesen ist, der er auch die Mittel zur Verfügung gestellt hat. Von der Grenzpolizei ist unbekannt worden, daß Paasche mit Waffen und Munition durch Postamt geführt und auf Gütern von Landarbeitern verteilt worden sind, und daß Paasche in letzter Zeit häufig öffentlich kommunistische Reden gehalten hat. Der Bericht erklärt für sehr wahrscheinlich, daß Paasche im Walde an mehreren Orten verweilt hat. Eine genaue Nachforschung soll eingeleitet werden. — Der Bericht über den „Vortrupp“ in Hamburg, Dr. Hermann Beyer, der mit Paasche befreundet war, erklärte, Paasche habe an Verfassungskonferenzen teilgenommen.

o. Güttwig in Oberschlesien?

Wentzen, 1. Juni. Der „Volkswille“ in Gleiwitz will in melden, General v. Güttwig habe sich seit 11 Tagen in Uthau, Kreis Rosenburg, bei Freiherrn v. Scherr-Thon auf. (W. T. B.)

Ein offizielles Dementi.

Berlin, 1. Juni. W. T. B. erläßt folgende Erklärung: Wie von unabhängiger Seite mitgeteilt wird, wird die schon einmal als blanke Erklärung gebrauchte Behauptung eines westdeutschen Blattes, daß die preussischen Minister Severing und Bänick in eine Schleier-Affäre verwickelt seien, jetzt wieder im Wahlkampf in zahlreichen Fällen verwendet. Es sei hier noch einmal ausdrücklich festgestellt, daß die ganze Erzählung ein tendenziöser Schwindel ist. Die Minister haben bereits gegen das betreffende Blatt Einspruch gestellt und werden gegen alle Weiterverbreiter dieser Gerüchtereien aufs schärfste vorgehen.

Amerikanische Verbindung mit Bremen und Danzig.

Paris, 1. Juni. „Le Journal“ meldet, es eine malige deutsche Handelsreise seien für die Dancer von fünf Jahren eine amerikanische Gesellschaft zur Verfügung gestellt worden, um eine regelmäßige Verbindung mit Bremen und Danzig herzustellen.

Ein neuer Willkürakt der Polen.

Danzig, 1. Juni. Dem Oberkommissar von Danzig Sir Reginald Tower, der vor einer Woche beabsichtigte, in Preussisch-Stargard in Pommern in den Fall des verhafteten Dr. Wagner aus Danzig Einblick zu gewinnen, war eine Unterredung mit Wagner von Untersuchungsrichter nicht bewilligt worden. Die Verhandlung sollte in 14 Tagen stattfinden. Nun stellt sich, wie die „Brücke“ erzählt, jedoch heraus, daß Dr. Wagner aus Stargard weggebracht worden ist. In Danziger Kreisen empfindet man das Verhalten der polnischen Behörden als eine so schwere Verletzung der internationalen Bräute und als einen so unerhörten Willkürakt, daß das Verlangen nach einem Einschreiten des Obersten Rates laut wird, nachdem die Intervention des internationalen Völkerbundkommissars in so verletzender Form zurückgewiesen worden ist. (W. T. B.)

Keine Abstimmung in Ostschlesien?

Wärsch, 1. Juni. In unrichtigen Kreisen glaubt man, daß die für den 2. Juli angedachte Volksabstimmung nicht stattfinden werde, sondern daß eine andere Lösung der schlesischen Frage in Verbindung mit dem ober-schlesischen Problem angebahnt werde.

Das Schleswigtraktat.

Paris, 1. Juni. Die Frist, die der dänischen und der deutschen Regierung zur Annahme des Schleswigtraktates gesetzt wurde, ist außerordentlich kurz. Eine neue Südgrenze Dänemarks wird wahrscheinlich Ende Juni offiziell festgelegt.

Das Deutschtum in Tschechien.

Prag, 1. Juni. (Tschecho-slowakisches Presse-Bureau.) Im Abgeordnetenhaus gab Ministerpräsident Tuzar eine Regierungserklärung ab, in der es heißt: Wir verstehen von menschlichen Gesichtspunkte aus die Stellung der Deutschen und Magyaren und daß sie sich nur schwer in die neuen Verhältnisse einleben. Wir glauben, daß die Deutschen in der Ausgestaltung des Staates ruhig mitarbeiten werden. Der Ministerpräsident befragt sodann die Ernährungsfrage und kündigt ein strenges Vorgehen gegen den Wucher mit dem zum Leben nötigen Verbrauchsmitteln an. Die Zeit sei gekommen, in der die Inangriffnahme der Sozialisierung des Acker- und Erwerbslandes aktuell geworden sei, ebenso die staatliche Kohlenbewirtschaftung. In der Beantwortung der Reichener Frage sagte er: Wir hegen gegen Polen keine feindseligen Gefühle, aber unser gutes Recht, auf das wir nicht verzichten, werden wir verteidigen. Wir wünschen, mit allen unseren Nachbarn in Frieden und Ruhe zu leben.

Abn. Dr. Vodemann gab hierauf namens des Deutsch-parlamentarischen Verbandes eine Erklärung ab, in der er u. a. sagte: Durch den Friedensvertrag von St. Germain ist mitten in Europa ein Staat entstanden, der neben 6 1/2 Millionen Tschechen auch fast 4 Millionen Deutsche umfaßt. Vergessens haben wir verflucht, das Schicksal unserer Siedlungsgebiete selbst zu bestimmen. Vergessens haben wir darauf hingewiesen, daß ein so gestalteter Staat eine stete Bedrohung des europäischen Friedens werden würde. Wir erklären daher feierlich, daß wir keines dieser Gesetze der Revolutionsversammlung als für uns verbindlich anerkennen. Wir verkünden danach feierlich, daß wir niemals aufhören werden, das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes zu fordern.

Als letzter Redner sprach namens der Deutschen national-sozialistischen Partei der Jugend der Jung. Er sagte u. a.: Die Eingliederung der deutschen Provinzen stellt sich als vollkommenste Wilschaftung des von den alliierten und assoziierten Mächten verkündeten Selbstbestimmungsrechtes dar. Wir deutschen National-Sozialisten erklären daher, daß die auf die Festlegung des Staatsgebietes der tschecho-slowakischen Republik bezüglichen Bestimmungen im Friedensvertrage von St. Germain eine ungeheuerliche Geschicktsläge darstellen und daß wir diesen Vertrag nie als Rechtsquelle anerkennen können. Die Fortdauer des am deutschen Volke verübten Unrechtes verbindet die Bevölkerung der Welt und die wirtschaftliche Erneuerung Europas. Für diese Heberzeugung wollen wir auf dem Boden des tschecho-slowakischen Senates und seiner erwählten Volksvertretung jederzeit unsere Stimme erheben und für das Eigenrecht und Eigenleben unseres Volkes alle unsere Kräfte einsetzen und die Mitarbeit an der Gestaltung dieses Staates soll diese unsere Rechtsansicht in keiner Weise beeinträchtigen. — Sodann wurde die Sitzung beauftragt Beratung über die Ausschuswahl abgebrochen. (W. T. B.)

Oesterreichische Regierungskrise.

Wien, 1. Juni. Die latente Krise in der Regierung ist noch nicht überwunden. Eine neue Gefahr droht der Koalition und Regierung in Gestalt des Reichsarbeiterrats, der gestern unter Vorsitz von Dr. Friedrich Adler im Rathaus zusammengetreten ist. Adler plante in der Ansprache über die Demagogie, die sich in den Arbeiterkreisen breit mache und suchte die erregte Menge zu beruhigen. Der Reichsarbeiterrat mahnt sich das Recht an, über Sein oder Nichtsein der Koalition zu entscheiden.

Der österreichische Städtetag für den Anschluß.

Wien, 1. Juni. Der österreichische Städtetag hat eine Entschließung angenommen, in der schnellstens der Ausschluß Österreichs aus Deutschland gefordert wird.

Abbruch der polnisch-tschechischen Beziehungen?

Berlin, 1. Juni. Die Pariser Agence Radio meldet den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Polen und der Tschecho-Slowakei. Die Berliner tschecho-slowakische Botschaft ist durch Rückfrage bei der tschechischen Stelle in Prag in den Stand gesetzt worden, zu erklären, daß dort von einem Abbruch der Beziehungen zwischen der Tschecho-Slowakei und Polen nichts bekannt ist. (W. T. B.)

Der Boykott gegen Ungarn.

Amsterdam, 1. Juni. In einer gestern abgehaltenen Versammlung hat der Generalkonvent des internationalen Transportarbeiter-Verbandes beschlossen, sich am Boykott gegen Ungarn in weitestgehendem Maße zu beteiligen. Die Abgeordneten der vertretenen Länder England, Frankreich, Deutschland, Dänemark, Holland, Schweden, Norwegen und Dänemark erklärten, daß in ihren Ländern die Transportarbeiter wie ein Mann dem Aufruf folgen würden, und die nicht direkt vertretenen Länder sollen noch diese Woche einen Aufruf abgeben. (W. T. B.)

Die irische Frage.

Paris, 1. Juni. „Le Petit Parisien“ meldet aus London: Ein Ministerat soll unter dem Vorsitz von Lloyd George stattfinden, an dem auch Marshall French und Sir Gamar Greenwood, die beide dringend von Dublin nach London berufen wurden, teilnehmen. Die Beratung des Vizekönigs und des Staatssekretärs von Irland beweisen, daß es sich bei diesem Ministerat um die irische Frage handelt. Das Kabinett ist sehr beunruhigt über den Widerstand der Zirkularer, und besonders über die Schwierigkeiten, die sich bei der Ausschiffung der Transporte von Militär und Kriegsmaterial zeigen. Das Kabinett will alle militärischen Maßnahmen treffen für den Fall, daß der Streik der Eisenbahner, sowie der Hafen- und Transportarbeiter in Irland zu einem Generalstreik ausarten sollte.

Der Tuchhandel der Sicherheitspolizei.

Berlin, 1. Juni. In der Angelegenheit des Tuchkaufs für die Sicherheitspolizei bei der englischen Firma Gelland stellt die „Post“ mit: Am 27. Mai fand im Handelsministerium eine Sitzung statt, an der sich sämtliche Staatssekretäre teilnahmen und in der vom Reichswirtschaftsminister die Zurückziehung der feinsten Einfuhrbewilligung gefordert wurde. Dabei stellte sich heraus, daß diese Einfuhrbewilligung gar nicht mehr zurückgezogen werden konnte, weil das Geschäft inzwischen perfekt geworden war. Die Stoffe befinden sich zum Teil schon hier. Der Reich lagert im deutschen Gebiet und — der ganze Posten ist bereits bezahlt. (!) Diese vorläufige Besatzung bei dem jetzigen Stand der Vorkauf der „Post“ zufolge, den Gedanken nahe daß irgendwelche Leute ein erhebliches Interesse an dem schnellen und endgültigen Abschluß dieses Geschäftes gehabt haben müssen.

Die Gewerkschaften und ihre Märzforderungen.

Berlin, 1. Juni. Die an dem März-Generalkongress beteiligten Organisationen sind hier zu einer Beratung über die Stellungnahme zur gegenwärtigen Situation zusammengetreten. Es wurde angegeben, daß die Durchführung der acht Punkte in ganz ungenügender Weise erfolgt sei. Eine Abwehr der angeblich von der Reaktion drohenden Gefahren könne nur gesichert werden durch unachtmäßige Erfüllung der acht Forderungen, die die Aufhebung der gegenrevolutionären Zensurpolitik und ihre Ersetzung durch republikanisch verantwortliche, insbesondere aus der organisierten Arbeiterkraft gebildete Kommissionen verlangten. Es wurde beschlossen, eine Abordnung an die Reichsregierung zu senden, um dieser die einmütige Auffassung der Organisationsvertreter nachdrücklich zur Geltung zu bringen.

Die polnisch-russischen Kämpfe.

Berlin, 1. Juni. Von der polnischen Gesundheitspolizei in Berlin wird berichtet, daß sich die polnische Front überhaupt. Klein sei noch in den Händen der Polen, ebenso Masch.

Das Ziel der russischen Offensive gegen Polen.

Stockholm, 1. Juni. Der Wirtschaftsminister der Sowjetregierung äußerte, daß die Offensive gegen Polen programmäßig bis zum endgültigen Ergebnis durchgeführt wurde. Von einem Stillstand könne keine Rede sein. Rußland brauche zu seinem Wiederaufbau und für seine Zukunft eine direkte Grenze Rußland-Deutschland. Zweifelslos werde die Sowjetregierung ihr Ziel erreichen.

Bolschewisten-Einfall in Persien.

Rotterdam, 1. Juni. Dem „Nieuwe Cour“ zufolge sind in London Meldungen eingetroffen, wonach zwei rote russische Regimenter in den armenischen Bezirk von Erivan eingedrungen sind. (W. T. B.)

Konstantinopel, 1. Juni. Aus dem Konstantinopel wird gemeldet, daß es Unverstandig sei, die Verbindung mit den in Persien operierenden russischen Streitkräften herzustellen.

Amsterdam, 1. Juni. Englischen Blättern zufolge hat die persische Regierung auf ihre Protestnote eine Antwort von der Sowjetregierung erhalten, in der angedeutet wird, daß die roten Truppen möglicherweise bald aus Persien zurückgezogen werden sollen. (W. T. B.)

Rußland vor einem neuen Staatsstreich?

Moskau, 1. Juni. Die Warschauer Agentur berichtet aus Moskau, daß sich Rußland am Vorabend eines von Rußland vorbereiteten Staatsstreiches befindet. Der Ausbruch der Krise wird jeden Tag erwartet. Die Führer der russischen Demokratie, die sich in Polen aufhalten, unternehmen die mit dem polnischen Präsidenten Schritte, um von Polen die Erlaubnis und Unterstützung zur Bildung einer russischen Armee auf polnischem Gebiet zu erlangen und um für eine provisorische russische Regierung Polens Kip zu erhalten.

Ein Silberjubiläum von Petersburg.

Kopenhagen, 1. Juni. „Berlingske Tidende“ meldet aus Helmsfors: Der Generalbevollmächtigte des russischen Roten Kreuzes Professor Hermann Seldner fordert das Rote Kreuz in allen Ländern auf, eine internationale sanitäre und technische Abordnung nach Petersburg zu senden. Er gibt eine erschreckende Schilderung der furchtbaren Zustände in Petersburg und schlägt internationales Einschreiten dagegen vor. (W. T. B.)

Der türkische Widerstand gegen den Vertrag

Konstantinopel, 1. Juni. Die Nachrichten aus Kleinasien sind jeden Tag beunruhigender. In dem Maße, wie die Härte der Friedensbedingungen in den Volksmassen bekannt wird, verlieren entweder die gemäßigten Elemente jeden Einfluß oder geben sie den Nationalisten über. Die werden mehr und mehr das Zentrum der Willensbildung des ganzen Landes. Die Entschlossenheit zum bewaffneten Widerstand gegen den Vertrag ist nicht mehr zu verkennen, und die Vorbereitungen, diesen Widerstand energisch zu organisieren, sind rüstig im Gange. Man vertritt die Versprechungen, um freiwillige zum Eintritt in das nationale türkische Heer zu bewegen. Hören sie, so greift man zur Drohung. Mit dieser Nachhilfe sind natürlich die Meldungen recht zahlreich. In ganz Anatolien, in der Gegend von Batum, ist eine umfassende Verteidigungsorganisation bereits ins Leben getreten. Das ganze Gebiet ist in Abteilungen eingeteilt, deren jeder einer lokalen Truppenabteilung zugewiesen ist. Das Ganze wird von einem generalen Generalkommando geleitet. Allein im Bistaz Trapezunt zählt man die Zahl der bewaffneten Männer, die sich auf das Signal der nationalen türkischen Führer erheben würden, auf mindestens 80000 Mann.

In Konstantinopel aus Adana eingetroffene Reisende berichten, daß sich in Cilicien das Eintreffen französischer Verstärkungen und die energischen Maßnahmen des in Cilicien kommandierenden Generals Duffieux bemerkbar machen. Eine französische Heeresabteilung ist von Adana abgerückt, um Pozant zu entsetzen. 300 türkische Notabeln, darunter zahlreiche Beamte, sind in Persien verhaftet worden. Nach der Einnahme von Adana haben die Nationalisten nunmehr nach Paloma am Hamarowmeer, etwa 48 Kilometer von Konstantinopel, befehlt. Sie rücken jetzt gerade den Weg auf Ismid an, und es ist damit zu rechnen, daß sie bereits in wenigen Tagen in Gefechtsberührung mit den britischen Truppen kommen werden, die westlich dieser Stadt auf den Anhöhen stehen.

Englands Werben um die Mohammedaner.

London, 1. Juni. Nach der „Morning Post“ hat der Vizekönig von Indien, Lord Celmford, an die indischen Mohammedaner eine Botschaft über den türkischen Friedensvertrag gerichtet, in der er sagt, der Vertrag sei zuhandengekommen unter sorgfältiger Berücksichtigung der Ansichten der Mohammedaner. Trotzdem enthält er Bestimmungen, die allen Mohammedanern schmerzhaft sein müssen, aber vor dem Kriege habe England immer in enger Freundschaft mit der Türkei gestanden. Er habe die Zuversicht, daß mit dem Abschluß des neuen Vertrages diese Freundschaft schnell wieder zu neuem Leben erkehen werde, und daß die Türkei erneut und voll Hoffnung und Kraft in der Zukunft, wie früher, als eine Säule des islamitischen Glaubens dastehen werde. Dieser Gedanke werde den Mohammedanern die Kraft geben, die Friedensbedingungen mit Standhaftigkeit aufzunehmen (!) und die Krone ihrer Treue so rein und fleckenlos zu bewahren, wie sie es viele Geschlechter hindurch gewesen ist. (!)